

Nach den Bahn-Attentaten

Interview mit Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble in der SUPER illu Ausgabe Nr. 37/2006

Nicht wenige Ostdeutsche gewinnen der DDR immerhin eine gute Seite ab - dass dort Kriminalität kaum und Terrorismus kein Thema war. Sind Unsicherheit und Bedrohung zwangsläufig der Preis einer freiheitlichen Gesellschaft? Andersherum gefragt: Kann nur ein Überwachungsstaat die Sicherheit seiner Bürger garantieren?

Ich kenne solche Argumente. Aber was ist das für eine Sicherheit, der manche hinterherzutruern scheinen? Die Sicherheit eines Stasiüberwachten, durch eine Mauer abgesperrten Großgefängnisses! Im Übrigen gab es in der DDR sehr wohl Kriminalität - staatlich organisierte und von der Stasi durchgeführte Verbrechen gegen die eigenen Bürger. Im freiheitlichen Verfassungsstaat haben wir diese Gefahr nicht. Aber da der Mensch nicht nur gut ist, stehen wir natürlich im immerwährenden Kampf gegen die Kriminalität - und schlagen uns dabei nicht schlecht. Die große Herausforderung des neuen Jahrhunderts ist hingegen die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus. Diese wiederum hat damit zu tun, dass sich die Welt so dramatisch verändert hat. Die alte Art Kriege zu führen, wird weniger. Aber deshalb sind die Kriege nicht verschwunden, wie manche es 1990 nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes gehofft hatten. Wir haben eine unglaubliche Spaltung in reiche und arme Weltregionen. Die Rivalität um Rohstoffe, Energie, Wohlstand und Arbeitsplätze nimmt zu - genauso wie die fundamentalistischen Entwicklungen im Islam. Asymmetrische Kriegsführung und internationaler Terrorismus - das sind die neuen Bedrohungen einer globalisierten Welt auf der es keine Insel der Seligen, keinen Rückzugsort mehr gibt. Dieser Terror bedroht auch uns - genau wie Großbritannien oder Spanien. Deshalb müssen wir - ohne Panik und Hysterie - das Menschenmögliche an Vorsorge treffen.

Sie haben eingeräumt, dass die zum Glück an technischen Fehlern der Bombenbauer gescheiterten Bahn-Attentate nicht verhindert werden konnten...

Das ist ein Fakt. Die große Frage ist, ob wir aus unseren Erfahrungen so viel lernen, um solche Anschläge künftig verhindern zu können. Zunächst geht es um die strafrechtlichen Ermittlungen -und dann werden wir Konsequenzen ziehen.

Woran denken Sie dabei?

Wir brauchen intensivere Streifen auf Bahnhöfen, müssen dabei auch mehr Sprengstoffspürhunde einsetzen. Klar ist aber auch: Bei 36.000 Zügen und vier Millionen Bahnreisenden pro Tag können wir nicht in jedes Abteil einen Beamten setzen, nicht jeden Reisenden kontrollieren wie auf dem Flughafen. Allerdings muss und wird es Stichproben geben. Hinzu kommt eine stärkere Überwachung der Bahnstrecken. Denn nicht nur die Züge, sondern auch die Gleise könnten zum Ziel von Bombenanschlägen werden.

Die mutmaßlichen Bahn-Attentäter hatten ihre Bomben-Pläne offenbar aus dem Internet...

Keine Frage, wir müssen schon im Vorfeld terroristische Bedrohungen durch Überwachung aufklären. Dazu zählt auch die intensivere und mit mehr Personal verbundene Kontrolle des Internets. Hinzu kommt die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit zwischen den Nachrichtendiensten. Daher ist es so wichtig, dass wir den Bundesnachrichtendienst nicht

kaputtreden. Schließlich geht es darum, die Informationen aller Sicherheitsbehörden - ob Landeskriminalämter oder Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz im Bund oder den Ländern, BND, MAD oder Bundespolizei - zu vernetzen. Das ist der Sinn der geplanten Anti-Terror-Datei.

Wenn es um islamistischen Terror geht, dürfte die Religionszugehörigkeit ein wichtiges Kriterium sein. Es wäre auch von Interesse, ob ein Bombenbauer Chemie-Kenntnisse hat. Aber die Speicherung solcher Kriterien stößt auf datenschutzrechtliche Bedenken...

Ich kann diese Bedenken nicht nachvollziehen. Natürlich setzen das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts enge Grenzen. Wir dürfen nur die Daten sammeln und vernetzen, die tatsächlich zur Gefahrenabwehr geeignet und notwendig sind. Ich glaube aber schon, dass Religionszugehörigkeit und berufliche Fähigkeiten dazugehören. Und ich hoffe sehr, dass wir uns darauf verständigen können, diese in der Anti-Terror-Datei zu speichern.

Und wenn das Verfassungsgericht die Anti-Terror-Datei dann gleich kassiert?

Ich habe großen Respekt vor dem Bundesverfassungsgericht. Und ich bin mir sicher, dass unser Gesetz dem Grundgesetz entsprechen wird. Richtig ist, dass das Gericht mit seinem Urteil zur Rasterfahndung die Hürden so hoch gelegt hat, dass die Prävention von terroristischen Anschlägen sehr erschwert ist. Allerdings traue ich dem Verfassungsgericht durchaus zu, in seiner Rechtsprechung neue Bedrohungslagen zu berücksichtigen.

Vor fünf Jahren, bei den Anschlägen des 11. September 2001 in New York, führten die Spuren nach Deutschland. Auch die Bahn-Attentäter aus dem Libanon konnten als Studenten ohne Probleme zu uns einreisen. Sind wir ein Paradies für ausländische Terroristen?

Wir leben vom internationalen Austausch, auch viele unserer jungen Menschen reisen gerne in alle Welt. Wir können uns nicht abschotten und wir dürfen auch nicht alle Ausländer unter Generalverdacht stellen. Was wir zu tun haben, um potenzielle Attentäter rechtzeitig auszufiltern, habe ich beschrieben. Hinzu kommt der Appell an die Öffentlichkeit und speziell an jene Gruppen der Bevölkerung, die näher an solchen Fanatikern sind, den Behörden wichtige Informationen auch tatsächlich mitzuteilen.

Die Stellungnahmen moslemischer Organisationen in Deutschland zu extremistischen Gewalttaten wirkten bisher oft eher halbherzig...

Ich habe mehr und früher als andere an die Muslime appelliert, sich klar und deutlich von extremistischen Tendenzen zu distanzieren. Mein Eindruck ist, dass die jüngsten Stellungnahmen ernst gemeint sind. Richtig ist: Wir müssen einen ständigen Dialog mit diesen Organisationen führen und dabei darauf bestehen, dass jeder, der in Deutschland auf Dauer leben will, sich auch in diese Freiheitsordnung einfügen muss - und mehr noch: sich für den Schutz dieser Freiheitsordnung engagieren muss.

Steht zu befürchten, dass mit dem Libanon-Einsatz der Bundeswehr die Terror-Gefahr bei uns noch wächst?

Die Gefahren haben sich bei uns ja bereits verwirklicht, bevor wir uns im Libanon engagiert haben. Wir sind Teil des weltweiten Bedrohungsraumes. Deshalb müssen wir auch mithelfen,

weltweit für Stabilität zu sorgen. Unser Beitrag zu einer Friedensregelung im Libanon ist maßvoll, verantwortungsvoll - und erfolgt auf Bitten sowohl der israelischen wie der libanesischen Regierung wie des Weltsicherheitsrates.